

Nicht - öffentliche Landtagsitzung vom 17. September 1946
=====

Anwesend: Alle Abgeordneten mit Ausnahme von Dr. Ritter welcher durch Hrs. Abg. Alois Wille aus Balzers vertreten ist.

Beginn der Sitzung: Vormittags $\frac{1}{2}$ 10 Uhr.

Präsident Strub eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst die anwesenden Herren, insbesondere Herr Jng. Eichenberger und Biverone, Baurat Vogt und den Verwalter des Lawenawerkes K. Heeb sowie den Betriebsleiter des LW Jng. Josef Fritsch. (Bühler)

Die heutige Sitzung beginnt mit zwei Referaten über das Samina-Laufwerk.

Präsident: Ich möchte, bevor wir auf das neue Projekt eingehen, den Schlussbericht der früheren Saminawerk-Studienkommission zur Verlesung bringen. Ich habe diesen Punkt absichtlich auf die heutige Sitzung verschoben um sämtlichen Abgeordneten die Gelegenheit zu geben, sich über diese oder jene Frage fachmännisch orientieren zu lassen.

Schlussbericht wird vom Schriftführer vorgelesen.....

Im Anschluss an die Schluss-Sitzung der Studienkommission hat eine Besprechung ~~von~~ Jng. Eichenberger und Biverone mit Baurat Vogt bei der Regierung stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit konnte Jng. Biverone das Stauwerk schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht empfehlen und hat daher den Bau eines Laufwerkes in Vorschlag gebracht. ~~Die~~ Regierung ~~hat~~ den beiden Herren dann den Auftrag erteilt, die generelle Ausarbeitung eines Vorprojektes durchzuführen. Das ist der Gang der Angelegenheit bis heute.

Herr Jng. Eichenberger hat das Vorprojekt ausgearbeitet, weshalb ich ~~den~~ Herrn ersuchen möchte, mit dem Referat zu beginnen. *min im Zusammenhang mit Herrn Jng. Biverone über Aufgab.*

Es folgt nun das Referat des Herrn Jng. Eichenberger (Anhang)(Vorlesung)

Präsident: Ich danke dem Herrn Jng. Eichenberger für seine interessanten Ausführungen und bitte Herrn Jng. Biverone zur Sache Stellung zu beziehen:

Es folgt nun das Referat des Herrn Jng. Biverone (Vorlesung) (Anhang)

Präsident: Ich danke dem Herrn Jng. Biverone für seine interessanten Ausführungen. Nachdem wir heute die Fachleute zur Verfügung haben, möchte ich die Angelegenheit zur Diskussion stellen. Gewiss wird mancher der Herren Abgeordneten in versch. Sachen eine Auskunft wünschen, für diesen Zweck stehen die Herren Experten gewiss gerne zur Verfügung. Ich stelle daher den Gegenstand zur Diskussion:

Abg. Kindle: Ich möchte die Herren vom Lawenawerk ersuchen, ihre Ansicht bekannt zu geben, ob der Ausbau des Werkes nach der ersten oder zweiten Etappe in Angriff zu nehmen wäre, resp. ob die erste Etappe ausreichen würde?

Präs. Bühler: Meine Herren, es stehen mir hier Unterlagen zur Verfügung und ich möchte daher bemerken, dass in Sachen Lawenawerk einige Sachen bereits überholt sind. Z.B. wird von $3\frac{1}{2}$ Millionen ausgegangen, in Wirklichkeit haben wir im Jahre 1946 bereits $6\frac{1}{2}$ Millionen erreicht. *Kilowatt*

Ich bin überzeugt, wenn der Strom vorhanden wäre, wäre im ersten Jahr die 1. Etappe bereits ausverkauft. Ich meinerseits bin gewiss nicht dafür, dass man sich zu sehr spekulativ in die Sache hineinlässt, schon 2 Millionen sind für uns schon eine Summe. Wir sind nicht sicher, dass bei der heutigen Zeit einmal ein Industrie-Rückschlag kommt, dass dadurch kleine Betriebe eingehen können. Ich bin aber doch auf dem Standpunkt, dass wir uns auf der 5 Millionen-Grenze bewegen müssen. Vom Standpunkt des Lawenawerkes aus gesehen möchte ich bemerken, dass wir recht froh wären, wenn die Sache recht bald in Angriff genommen würde, denn die Anträge auf Anschlüsse sind heute so gross, dass man kaum darüberhinaus sieht (Anschlüsse von elektr. Aparaten) Ich glaube, dass auch vom kaufmännischen Standpunkt aus gesehen, betr. der Berechnung des Laufwerkes keine Enttäuschung eintreten wird, da die Herren, wie ich sehe, sehr vorsichtig operieren. Was nun den Stromverbrauch in unserem Lande anbelangt, kann man diesen nicht mit anderen Gegenden vergleichen, denn bei uns wird auch der Verbrauch an Sommerenergie gross sein, wenn darauf gesehen wird, dass die billige Sommerenergie auch billig an die Konsumenten abgegeben werden kann. Was nur für die Benützung der Sommerkochherde, sowie landwirtschaftlichen Maschinen u.s.w. abgegeben werden könnte. Wir wollen von der zur Verfügungstellung der Sommerenergie in unseren ländlichen Verhältnissen nicht loslassen, wenn es auch finanzielle nicht einen derartigen Gewinn absetzt, so rentiert auch das Sommergeschäft nach meiner Meinung doch noch. Ich möchte nochmals erwähnen, dass die Sommerkochherde in vermehrtem Masse zur Verwendung gelangen würden, wenn dafür billiger Strom eigener Strom zur Verfügung stünde, auch kaufmännisch ist diese Sache unterzubringen und wirtschaftlich für unser Land gewiss von sehr grosser Bedeutung. Ich möchte daher den Herren Ingenieuren Mut machen und ich meinerseits bin dagegen, dass an der ersten Bau-Variante festgehalten wird, weil diese bereits praktisch ausverkauft ist (diese Energie)

Jng. Biverone: Betr. der Sommer-Energie möchte ich folgendes sagen. Ich glaube nicht, dass es rationell und wirtschaftlich ist. Die Sommer-Energie ist immer ein schlechtes Geschäft. Wenn wir die Kosten in Betracht ziehen, die eine Etappe 4.8 Millionen die andere 6.3 Millionen, die Differenz ist also 1.5 Millionen. Diese 1½ Millionen für die Sommerenergie gerechnet, würde ein schlecht verzinsliches Kapital bedeuten.

Präs. Bühler: Ich gebe zu, dass der Verkauf der Sommerenergie im allgemeinen nicht interessant ist. Aber doch müssen wir vor Augen halten, dass wir direkt an den Konsumenten verkaufen. Wenn wir z.B. von einer 8% Verzinsung ausgehen, so müssten 1000 Herde zirka Fr. ~~2300~~ 130'000.- eintragen. Eine gewisse Verzinsung läge also darin und der Wirtschaft wäre damit gedient. In der Berechnung ist auch betr. dem Lawenawerk sparsam umgegangen worden, da dieses mit 2½ Millionen ^{knw} berechnet wird dagegen haben wir heute über 4 Millionen das stellt natürlich die Rechnung auch etwas um. Ich behaupte, dass die Sommerenergie heute schon interessant ist, da wir der liechtensteinischen Wirtschaft damit einen grossen Dienst erweisen, andernseits müssen wir die Energie nicht etwa an Stromwerke in der Schweiz zu niedrigsten Preisen verkaufen, sondern können den Strom direkt dem Konsumenten abgeben.

Baurat Vogt: Meine Herren, ich glaube dass die Angelegenheit PRESTA zuerst noch zu erwähnen ist. Beim Lawenawerk allein ist

die Spitze 1400 ohne die Presta. Im ersten Expose ist von der Presta allein ca. 1'000 Kilowatt verlangt worden, heute ist somit zusammen schon eine Menge von 2'400.- Kw. als Verbrauch. Wenn wir daher das kääinn kleine Werk bauen, müssen wir immer noch fremden Strom zukaufen. Wir haben 2 Varianten, eine mit 800 Liter Ausbau und eine, 2 a mit 1400 Liter, wir müssen schon vom letzteren Standpunkt aus gehen, das gibt dann 4700 Anschlusswert. Was nun die Ausführungen betr. der Kochherde anbelangt, kann ich in dem Masse beipflichten, dass es für die Bevölkerung gewiss eine sehr angenehme Sache bedeutet, Ich glaube jedoch, dass man zuerst über den Punkt schlüssig werden muss, ob mit 800 Ltr. oder 1400 Ltr. der Bau erfolgen soll. Ich glaube dass die grössere Variante gewählt werden sollte, denn der Druckstollen muss auf jeden Fall mit einem Durchmesser von Mtr. 1.40 erstellt werden. Die Hangleitung von der Fassung bis zum Stollen müsste natürlich vergrössert werden, statt 80 cm Durchmesser 1.10 Meter. Auch den Ablaufkanal müsste man etwas grösser erstellen, die Rohrleitung an sich müsste 5 cm weiter sein. Nach reiflicher Ueberlegung muss ich sagen, dass die Ausführung nach Projekt 1 zu klein ist und ich dem grösseren das Wort reden möchte. Es ist auch noch eine Frage, ob wir mit Herr Bürlü einig werden oder nicht, aber letzten endes hat auch er als Strombezüger ein Interesse am grösseren Ausbau.

Fräs. Bühler: Auch in der Presta haben sich die Verhältnisse geändert, es werden nicht mehr Hülsen gestanzt, sodass jetzt die Firma mit 600 Kw. auskommt. Selbstverständlich muss ja für den Weiterausbau etwas reserviert bleiben. Meines Erachtens wird sich der Landtag grundsätzlich erst zum Ausbau des Werkes entschliessen nachdem eine für das Werk bestellte Baukommission alle Vorbereitungen trifft und die Sache näher studiert hat. Es ist doch nicht gleich ob 5 oder 7 Millionen ausgegeben werden.

Verw. Heeb: Ich kann nicht verstehen, dass nicht der ganze Ausbau sofort gemacht werden kann, den auf unsere Verhältnisse muss eben Rücksicht genommen werden, es ist doch nicht gleich 5 1/2 Mill. oder ca. 7 Mill. Ich wäre jedoch der Ansicht, dass durch eine kleine Stauung vermehrte Energie gewonnen werden könnte. Bei einem Durchmesser der Hängeleitung von 1 Meter würde sich dann im ersten Ausbau eine Leistung von 500 Sek. Ltr. d.h. eine Leistung von 3'000.- Kw. ergeben, das würde dem Bedürfnis eher entsprechen. Die Stauung würde genügen in einem Ausmass von rund 2'000 Kubikmetern. Jedenfalls ist es so, dass variante 1 dem Bedürfnis nicht entsprechen würde, d.h. sehr ungenügend wäre, da die Entwicklung sehr rasch vor sich geht. Es wäre daher zu überlegen, ob die Zuleitung des Valorschbaches jetzt schon gemacht werden soll oder ob dieses Geld, das für den Einbezug des Valorschbaches vorgesehen ist, für die Stauung verwendet würde. Das wäre eine Lösung.

Abg. H. Brunhart: Ich möchte Herrn Verwalter Heeb anfragen, wieviel Tagesstrom das Lawenawerk abgibt ?

Verw. Heeb: Im letzten Jahr 4 Mill. Kilowattstunden, heuer, verglichen mit der gleichen Zeit vom letzten Jahr ist bereits eine Zunahme von 300'000.- Kilowattstunden zu verzeichnen. Das Werk kann aber betr. Stromerzeugung nicht mehr weiter ausgebaut werden

Präsident: Wieviel ist der Stromverbrauch der Presta zurück gegangen.

Kerw. Heeb: Die Presta hatte einen Stromverbrauch von 1000.- Kw jetzt wird sie mit 5 - 600 Kw. auskommen.

Baurat Vogt: Demgegenüber ist aber zu erwähnen, dass in Balzers und in Schaan neue Fabriken im Entstehen sind.

Jng. Biverone: Nachdem ich die Entwicklung der ganzen Sache von den Herren gehört habe, bin auch ich der Ansicht, dass man mit einem grösseren Ausbau rechnen muss. (nach grüner Kurve)

Abg. Schädler: Nach den Ausführungen ist festzustellen, dass der Ausbau 1 und 2 bereits überholt ist. Nach der Statistik vom letzten Jahr ist 5½ Mill. Kw. Strom verbraucht worden und heuer bereits 6½ Mill. Kw. Ich bin daher auch für einen grösseren Ausbau. Allerdings spielt eine Auslage von ca. 2 Millionen eine Rolle (Nebrauslage) und muss noch beraten werden. Allerdings muss man sich mit dem Gedanken vertraut machen, dass die grössere Variante aufzunehmen ist statt der kleinen.

Rühler: Dass ich richtig verstanden werde, dass eine grössere Ausführung wirtschaftlich und kaufmännisch ausgeführt und eingeführt werden kann, bin ich überzeugt. Ich möchte lediglich den Behörden nichts aufdrängen. Nicht dass die Sache so herauskommt, weil das 7 Millionen-Projekt vom Landtag aus nicht bewilligt werden kann, dass dann überhaupt nicht gebaut wird. Im Übrigen bin ich der Ansicht, dass auch das 7 Mill.-Projekt zu verantworten wäre, aber natürlich spielen da noch andere Momente eine Rolle.

Baurat Vogt: Ausbau 3 wird kaum in Frage kommen, vergrössern kann man das Werk nur mit dem Ausbau 2a, hier könnte vorläufig nur eine Druckleitung erstellt werden. Im Übrigen ist für uns nicht der Jahresverbrauch das Wichtigste, sondern die Spitze wo uns fehlt.

Präsident: Hat noch jemand einen Vorschlag zu machen oder wünscht jemand noch eine Auskunft, wenn nicht wird sich der Landtag in einer der nächsten Sitzungen mit der Angelegenheit befassen und Beschluss fassen. Dass irgend ein Ausbau geschehen muss, ist mir klar, da es eine unbedingte Notwendigkeit und für das Land von sehr grosser Bedeutung ist.

Jng. Eichenberger: Kann ich eine Bemerkung anfügen. Tatsächlich bin ich auch der Meinung wie Baurat Vogt, dass es am zweckmässigsten ist, dem Vorschlag 2a den Vorzug zu geben. Es ist aber wichtig, dass sich die Behörden prinzipiell entschliessen. Es kommt heute nicht so darauf an, welcher Ausbau erfolgen soll, sondern die generelle Entscheidung ob ja oder nicht sollte getroffen werden, damit keine Verzögerungen mehr eintreten können. Im Übrigen wird noch einige Zeit verstreichen, bis der endgültige Beschluss gefasst werden kann. Ich möchte nur darauf verweisen, dass es dringend notwendig ist, die Feldaufnahmen sofort zu machen, damit die Projektierung im Winter gemacht werden kann. Wenn diese Aufnahmen nicht gemacht werden können, verlieren wir den ganzen Winter. Ich möchte deshalb die Frage stellen, ob es nicht möglich wäre, dass wenigstens diese Vorarbeiten die nötig sind, dass man die in Angriff nehmen könnte. Wird dann das Werk beschlossen, ist es in Ordnung, wird es nicht beschlossen, sind diese Mehrausgaben das Risiko. Ich würde diese relativ bescheidene Ausgabe riskieren und den Auftrag zu deren Ausarbeitung erteilen.

Abg. H. Brunhart: Wie hoch belaufen sich diese Auslagen, ungefähr ?

Jng. Eichenberger: Vielleicht ca. Fr. 10'000.-

Reg. Chef: Wir haben schon weit über 100'000.- Projektkosten ausgegeben und ich bin schon der Ansicht, dass diese 10'000.- noch zu riskieren sind. Wenn es sich ohne diese Vorarbeiten um 8 Monate verzögern würde so ist dies ein Verlust. Uebrigens sind diese ~~10'000.-~~ 10'000.- nicht einmal 10% von dem was schon für diese Sache verauslagt worden ist. Ich möchte daher den Landtag ersuchen, diesen Auftrag zu erteilen, damit die Aufnahmen noch vor Eintreffen des Winters gemacht werden können.

Abg. Sele: Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Reg. Chef anschliessen. Wenn schon soviel für diese Sache verauslagt worden ist, soll es auf diese 10'000.- nicht mehr ankommen. Es möge daher die Bewilligung für diesen Auftrag erteilt werden.

Präsident: Wir machen es so, damit der Projektant in der Fortführung der dringenden Aufnahmen nicht behindert ist, können wir über den Vorschlag, der eigentlich zusätzliche Kosten zum bisherigen Projekt bedeutet, sofort abstimmen lassen. Ich ersuche daher die Herren Abgeordneten, die Hand zu erheben, wer damit einverstanden ist, dass der Projektant die Vermessungsarbeiten und Aufnahmen vor Eintritt des Winters noch durchführen soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Der weitere Beschluss wird Sache der nächsten Landtagsitzung sein. Ich danke sämtlichen Anwesenden für ~~die Teilnahme~~, bes. den Herren Referenten, dann der früheren ~~Beck~~ Kommission für die in der Angelegenheit Saminawerk geleisteten Dienste, die sehr wertvoll waren, sowie Herrn Baurat Vogt und der Leitung des Lawenawerkes. Ich schliesse ~~damit~~ ^{jetzt} die heutige Konferenzzimmerbesprechung und ersuche die Herren Abgeordneten nachmittags um 2 Uhr 15 sich zur Fortsetzung der Konferenzzimmersitzung einzufinden.

Präsident: Ich möchte die Nachmittagsitzung eröffnen und bringe gleichzeitig zur Kenntnis, dass die Abgeordneten Dr. Ritter und Beck sich entschuldigt haben. Als Ersatz wurden einberufen, Ers. Abg. Alois Wille und Dr. Meier.

Ich ersuche den Schriftführer um Vorlesung des Protokolls. wird vorgelesen und nach einigen Korrekturen gutgeheissen.

Abg. Sele: Ich möchte anfragen, wie es steht mit der Einvernahme von Schutzmann Beck?

Reg. Chef: Ich habe Beck einvernommen und dieser hat behauptet, dass er nur zum Herrn Quaderer (Kriegswirtschaftsamt) gesagt habe, dass Sele Durst habe, Ich habe jedoch der Polizei den Auftrag erteilt, dass die Sache zu untersuchen sei.

Abg. Sele: Ich möchte nur erwähnen, dass es ihn nach wie vor nichts angeht, er soll für seine Person ~~hüten~~ schauen.

Reg. Chef: Die Polizei wird den Emil Brunhart noch einvernehmen. Ich habe Beck gesagt, dass seine Aussagen nicht am Platz seien.

Präsident: Wir kommen nun zur Tagesordnung. Vom Reg. Chef bin ich verständigt worden, dass Vizechef Nigg ihm mitgeteilt habe, dass die Union zur Angelegenheit Dr. A. Vogt nochmals Stellung beziehen möchte.

Abg. Kindle: Nachdem die Fraktion der Bürgerpartei durch ihr Stillschweigen die falsche Berichterstattung im Liechtensteiner Volksblatt über die Landtagsitzung vom 6. September 1946 offensichtlich deckt, erklärt die Fraktion der ~~MMMM~~ Vaterländischen Union auf eine aktive Mitarbeit in der Koalition der beiden Parteien, ausgenommen in der Frage des Tunnelbaues, verzichten zu müssen, bis die Delegiertenversammlung der Vaterländischen Union zu dem Gegenstand Stellung genommen oder die Fraktion der Bürgerpartei noch vorher von sich aus eine befriedigende Erklärung abgegeben hat.

Präsident: Meinerseits müsste, wenn von Stillschweigen gesprochen wird, prinzipiell abgeklärt werden, ob ^{über} Konferenzsitzungen eine Berichterstattung erfolgen soll oder nicht. ~~Wenn~~ ^{was} sich die kurze Mitteilung im Liechtensteiner Volksblatt nicht dem Gesamthalt nach mit der Ansicht der Fraktion deckt, denn wir sind gewiss nicht der Ansicht, dass die Berichterstattung: "Bevor es der Fraktion der Bürgerpartei u. s. w. ----- stimmt, ~~so hat~~ ^{die} Fraktion der Bürgerpartei ^{als} zweckmässig erachtet, ~~dann~~ ^{über} den Fall debattiert wird, wenn die Sache ^{abgeklärt} ~~ist~~ ^{und} ~~hierauf~~ ein Antrag gestellt werde. Es fragt sich, was die Union meint, ob über Konferenzsitzungen berichtet werden soll oder nicht.

Abg. Kindle: Die Berichterstattung ist offensichtlich falsch. Vor und nach dem Antrag von Dr. Ritter war genug Zeit um im ersten Fall zu Angelegenheit Stellung zu beziehen und im zweiten Fall um einen Gegenantrag einzubringen, über diesen hätte dann ^{gestimmt} abgestimmt werden müssen.

Präsident: Ich gebe zu, dass die Berichterstattung nicht im Einklang mit der Wirklichkeit stand.

Abg. H. Brunhart: Herr Präsident hat nach der Verlesung der Akten ausdrücklich noch erwähnt: "Es herrscht Stille im Saale u. s. w. Es hat somit ~~ä~~ jeder der Abgeordneten die Möglichkeit gehabt, sich zu äussern. Das Volksblatt hat jedoch die Tatsachen auf den Kopf gestellt.

Präsident: Handelt es sich betr. der Zusammenarbeit nur um diesen Punkt oder noch um andere?

Abg. H. Brunhart: Es handelt sich um die falsche Darstellung.

Abg. Kindle: Der Fall Dr. Vogt ist versch. zu verwerfen, und wie man Dr. Vogt am meisten schaden konnte, hat man auch gewusst.

Ers. Abg. Dr. Meier: Ich möchte vom Standpunkt der Bürgerpartei aus Stellung zu der Sache beziehen. Wir haben jederzeit bewiesen, dass wir Wert auf die Zusammenarbeit legen. Dass die erwähnte Berichterstattung vom liechtensteiner Volksblatt allein Schuld sein konnte, dass die Zusammenarbeit anscheinend nicht mehr möglich ist, glaube ich nicht, weil gerade das Traktandum Dr. Vogt von uns aus möglichst vornehm behandelt worden ist, man ist nicht soweit gegangen, dass nur ein Gegenvorschlag gestellt worden ist. Die Sache wurde nicht fanatisch noch politisch ausgeschlachtet. Dass zur Sache Stellung bezogen werden musste ist glaube ich, jedem klar, zumal die Akten vom Ausland her kamen.

Abg. H. Brunhart: Es fragt sich nur, ob diese Akten nicht vom Inland ins Ausland gesandt wurden.

Ers. Abg. Dr. Meier: Das Echo im liechtensteiner Vaterland ist mir unverständlich, dass wegen der kleinen Verschiebung der Auffassungen die Zusammenarbeit nicht mehr möglich sein soll, ich glaube nicht,

dass das der Hauptgrund ist. Diese kleine Bemerkung hat Dr. Vogt nicht so geschädigt, als wenn er im Schweiz. Polizei-Anzeiger erscheint. Wir unsererseits sind in diesem Fall gezwungen, die Stellungnahme der Bürgerpartei auch einer Delegierten-Versammlung zu überlassen. Was nun den Zeitungsbericht betr. einem Klüngel in der Bürgerpartei anbelangt, berührt mich diese Sache nicht. Ich meinerseits habe den Streit nicht gesucht. Auch in der Union wird es Leute geben, die radikal vorgehen wollen. Was nun die Leute anbelangt, die in der Zeitung genannt würden, möchte ich nur bemerken, dass diese auf die Leitung der Bürgerpartei keinen Einfluss haben.

Reg. Chef: Ich möchte nur kurz auf die Verdächtigung zurückkommen, dass Akten vom Inland ins Ausland gegeben worden wären. Ich habe bereits das letztmal erklärt, dass die Akten durch Organe der Eidgen. Bundespolizei unserer Polizei übergeben worden sind. Ich möchte mich daher gegen eine solche Verdächtigung verwarnt wissen.

Abg. Kindle: Die ganze Sache geht vom letzten Sommer aus, als Schutzmann Beck 2 Monate in Feldkirch gewesen ist, dort wurden versch. Akten ausgehoben und beschafft.

Abg. H. Brunhart: Was den Schutzmann Beck betrifft, möchte ich nochmals hier erklären, dass seinerzeit der Landesfürst erklärt hat: "Wenn diese Angaben wahr sind, werde ich gegen Schutzmann Beck ein Disziplinarverfahren einleiten". Bis heute ist mir jedoch von einem solchen Verfahren nichts bekannt.

Reg. Chef: Diese Feldkircher-Akten wurden mir zugestellt, das möchte ich festgestellt wissen.

Abg. Kindle: Zum Fall wegen der Antragstellung möchte ich bemerken: Im Volksblatt steht, dass die Bürgerpartei gegen den Antrag war, Wahrheit ist jedoch, dass 7 Stimmen (Union) für den Antrag von Dr. Ritter waren bei 8 Stimmen (Bürgerpartei) Enthaltung. Eine Gegenprobe ist nicht gemacht worden.

Präsident: Was die Berichterstattung in den Zeitungen anbelangt, so sei erwähnt, dass diese meistens ein wenig entstellt ist, wenn sie nicht direkt von der Protokollführung, der Regierung oder dem Präsidium aus erfolgt. Ich ~~meinerseits~~ möchte jedoch betonen, dass die Union keinen Grund hat auf den Tisch zu klopfen betr. der Erledigung des Falles Dr. Vogt. Meinerseits möchte ich nur wünschen, dass die politischen Angelegenheiten endlich erledigt werden könnten. Bedauerlicherweise sind bei Behandlung dieser Sachen immer gegenseitige Differenzen zu verzeichnen, wogegen wir in wirtschaftlicher Hinsicht ganz harmonisch zusammen arbeiten. Wir können jedoch die politischen Akten nicht einfach unter den Tisch wischen, denn wir in Liechtenstein sind nicht in der Lage, die Europa-Politik umzukehren.

Abg. Schädler: Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die politischen Prozesse u.s.w. zurückkommen. Es hat mir nie gepasst, dass diese Sachen soweit hinausgezögert werden und ich möchte anfragen, warum die Sachen nicht vorwärts gehen. Die Sache muss endlich erledigt werden können, wer strafbar ist soll bestraft werden, dann aber ein Strich unter die ganze Sache, einmal muss auch mit dieser Sache gehört werden.

Reg. Chef: Wir haben beim Regierungsantritt einen Haufen Akten ange-troffen und haben alles erledigt, Ausweisungssachen, Schullehrer-Entlassungen, u.s.w. Was aber das Gericht anbelangt, wie Nachrichten-dienst und Putschistensachen, ist Sache der Justiz, das Gericht ist stren unabhängig in jeder Beziehung. Was die Regierung zu tun hatte, würde erledigt, wir haben keinen Fall verschleppt. Wenn ein

Vorwurf jemand trifft, so bestimmt am allerwenigsten die Regierung. Ich habe dem Gericht gegenüber den Wunsch geäußert, dass diese Sachen möglichst rasch fertig gemacht werden, weiter kann von uns aus nichts gemacht werden. Die Uebergabe der Akten erfolge an das Gericht bereits im letzten Jahr. Wir haben dem Staatsanwalt gesagt, dass diese Angelegenheit mit tunlichster Beförderung durchzuführen ist. Bestimmt wäre uns allen lieber, wenn man mit diesen Sachen aufhören könnte. Mir macht die Geschichte auch keine Freude, aber es ist dringend notwendig, dass die Fälle behandelt werden.

Abg. Schädler: Ich wollte durchaus nicht der Regierung einen Vorwurf machen sondern nur die Anregung machen, dass die Sache doch raschmöglichst erledigt wird.

Abg. Sele: Ich habe schon mehrmals betont, dass endlich mit der Sache Schluss gemacht werden soll. Was nun den Untersuch von Feldkirch anbelangt, möchte ich bemerken, dass nicht verstanden wird, dass von den Leuten, die am meisten mit den dortigen Kreisen verkehrt haben, nichts aufgefunden worden ist. Wie im Übrigen vermerkt worden ist, wird in wirtschaftlicher Hinsicht gut zusammen gearbeitet. Von Zeit zu Zeit bekommt man aber einen Schuss in den Rücken, dieser gilt im jetzigen Fall nicht nur Dr. Vogt, sondern in vermehrter Masse auch der Partei. Was nun den Artikel im Volksblatt anbelangt, so bin ich der Ansicht, dass mit diesem dem Land auch kein grosser Dienst geleistet wurde gegenüber dem Ausland. Durch eine solche Schreibweise muss das Ausland denken, dass alle in Liechtenstein Nazi gewesen waren. Dieses Nazitum wird jedoch nur unserer Seite vorgeworfen. Auch in der Erledigung der Prozesse ist zu erwähnen, dass diese lange hinausgezögert werden und nur einzelne Fälle wieder herausgegriffen werden, warum dies ?

Reg. Chef: Ich möchte mich gegen den Vorwurf verwehren, dass nur einzelne Fälle herausgegriffen werden, es ist Sache des Gerichtes, wie es die Sache erledigt, da haben wir keinen Einfluss. Im weiteren möchte ich sagen, dass wir Nazi gehabt haben, über das wollen wir uns klar sein. Wenn Schullehrer HJ-Führer waren und das geduldet werden musste, wenn ein Umbruch bestand, so ist dies Zeugnis genug für den Bestand von Nazi. Dieses Nazitum muss ausgebrannt werden. Nach meinem Dafürhalten hat es keinen Sinn, sich über alles hinweg zu täuschen. Ueber das, dass es Nazi gab, kann sich jeder überzeugen, wenn er wiederum den Umbruch liest.

Abg. Sele: Was den Umbruch anbelangt, so wird denselben niemand in Schutz nehmen.

Abg. Hoop: Was die Regierung anbelangt, möchte ich bemerken, dass die Regierungsgeschäfte nicht politisch erledigt werden, das einermal wird so 2 zu eins das anderemal wieder anders zwei zu eins gestimmt. Was nun diese politischen Sachen anbelangt, kann ich nur sagen, dass jeder erschrickt wenn wieder etwas auftaucht. Also nochmals möchte ich sagen, dass wir uns unter keinen Umständen zur Last legen lassen dass nur parteimässig regiert wird.

Ers. Abg. Wille: Wenn keine Wirtschaftskonzessionen zur Behandlung kommen, schon gar nicht ! ?

Ers. Abg. Dr. Meier: Die ganze Säuberungsaktion hängt wohl jedem zum Hals heraus. Was nun die Untersuchungen in Feldkirch anbelangen, möchte ich nur bemerken, dass in jenem Zeitpunkt Dr. Vogt allein antwortet hat, sodass alle Sachen durch seine Hände gehen mussten.

Abg. Kindle: Dann hat eben Dr. Vogt die Sachen gar nicht in die Hände bekommen, sondern sie sind anderswo hingelangt.

Abg. H. Brunhart: Ich wollte auf den Fall Dr. Vogt nicht mehr zurück kommen. Aber eines möchte ich noch sagen, da das ganze Regierungskollegium mit dem Fall Blaschke u.s.w. zu tun gehabt hat, ist es eine Schande, wenn man nur eine Einzelperson, wie Dr. Vogt damit belasten will. Ich verlange daher, dass diese Angelegenheit zuerst ihre Abklärung findet und vorher wird auf einen weiteren Punkt nicht mehr eingegangen.

Präsident: Es sind schon versch. Debatten im Landtag geführt worden (betr. politisch fehlbaren) Ihr habt euch immer zu Gunsten dieser Leute geäußert und interveniert. Dass aus dieser Einstellung versch. Nachrichten entstehen, muss jedem klar sein.

Abg. Hoop: Es sind Fälle vorgekommen, wie Schumacher u.s.w. und man hat sich an diesem Tisch für sie eingesetzt, obwohl es erwiesene Nazi waren.

Frs. Abg. Wille: Ich möchte mich auch äussern und zwar in dem Sinne, wo ich zur Regierung kam, sind versch. Protokolle über die Angeklagten vorgelegen, von der Polizei vorgelegt, die Angeklagten selbst hat jedoch die Regierung nicht verhört.

Reg. Chef: Dazu hatten wir auch kein Recht.

Frs. Abg. Wille: Der Untersuch war meinerseits mangelhaft, denn hören muss man beide Teile. Uebrigens existiert nicht nur ein Fall Dorasil und Schumacher. Der Staatsanwalt hat meines Wissens am Regierungstisch erklärt, dass ein gewisser Matarese sehr stark belastet sei, was ist dort gegangen?

Reg. Chef: Im Herbst letzten Jahres habe ich dem Landtag vorgebracht, dass die Ausweisungspraxis laut den schweizerischen Richtlinien durchgeführt werden. Man war damit einverstanden. Die schweiz. Richtlinien sind nun derart, dass sie auf Funktionen eingestellt sind nicht auf Taten. Die Ursache, dass einer z.B. Sachwalter, HJ-Führer etc. war, genügt für die Ausweisung. Bekanntlich wurde ausgewiesen, der oberste Leiter in Liechtenstein, sein Stellvertreter, der Sachwalter, BDM-Führerin. In keinem Fall ist bestritten worden, dass sie dieses Amt nicht innegehabt haben, es wäre daher sinnlos gewesen, die Leute noch vorzuladen um ihnen noch lange vorzuwerfen, was sie gewesen sind. Die Polizei hat ja bereits die Sachen festgestellt. Eine andere Gruppe sind nun die Ausländer, die zur Ausweisung kommen wenn sie schuldig befunden werden, wie Matarese, Bock, Brander. Diese Sachen werden dem Kriminalgericht übergeben, sobald dann die Schuld erwiesen ist, wird es der Regierung mitgeteilt und ich werde dann die Ausweisung beantragen, das ist der Vorgang. Was Matarese anbelangt, so ist er Ausländer, kein Funktionär, er ist aber verdächtig, wenn der Mann als schuldig befunden wird, ist es selbstverständlich, dass er sofort ausgewiesen wird, auf reinen Verdacht hin kann jedoch die Ausweisung nicht erfolgen.

Präsident: Im Fall Matarese möchte ich noch kurz Stellung beziehen. Als ich vernommen habe, dass gegen Matarese Akten bestehen sollen, habe ich mich bei der Regierung tel. erkundigt und bekam zur Auskunft, dass wirklich Akten bestehen. Ich habe die Verwaltung verständigt, diese hat den Beschluss gefasst, die Ernennung zum Direktor zurückzuziehen und die Veröffentlichung im Handelsregister zurückzuziehen, also nicht zu veröffentlichen. In Buchs wurde Matarese 4 Wochen geschnappt. Dass auch dort ein Akt entstanden ist, zweifle ich nicht.

F bis zur Anwesenheit definitiv geklärt ist.

*Die Untersuchung auf die Befreiung
Auftrag zum Richter für den nächsten*

159

Zyngurum m., Lutz

- 10 -

Sobald ~~jedes~~ etwas erwiesen ist, ~~wird~~ die Regierung die nötigen Vorkehrungen treffen. ^{neut} Im Übrigen muss wegen den Verzögerungen die hiesige Gerichtsbehörde beschuldigt werden.

Ers. Abg. Dr. Meier: Wir können von uns aus auch nicht machen was wir wollen. Wenn z.B. die Schweiz Auskunft verlangt, was wir mit unseren pol. Fällen machen, denn der Schweiz ist es nicht gleich, wie wir die Sache behandeln. Was nun den Fall von Dr. Vogt anbelangt, möchte ich nur erwähnen, dass er im Pol. Anzeiger der Schweiz aufgeführt ist, es wäre für ihn also von Vorteil gewesen, wenn eine Untersuchung hier durchgeführt worden wäre, bei welcher seine Unschuld erwiesen worden wäre. Auf Grund dieses Ergebnisses wäre es gewiss leichter gegangen, die Einreisesperre in die Schweiz aufzuheben. Darf ich im Übrigen die Ausführungen des Abg. Kindle für die Bürgerpartei (zuhanden) nochmals hören oder noch besser, schriftlich erhalten.

Abg. H. Brunhart: Das ist eine Sache des Landtages, d.h. an die Fraktion des Landtages.

Präsident: So werden auch wir der Fraktion der Union unsere Antwort bekannt geben.

Reg. Chef: Wir unsererseits haben kein Interesse, eine Grosse Geschichte zu machen. Was aber die Nazigeschichte betrifft, lasse ich mich auf keine Seite hin belasten.

Präsident: Ich möchte ebenfalls erklären, dass die gerade Linie verfolgt wird. Ich möchte niemals wenn ich von hier weggehe, die Belastung mit mir nehmen, dass hier eine faule Sache gemacht wurde. Mein Grundsatz ^{ist} Ellenbogenfreiheit auf allen Seiten, und diesem Grundsatz werde ich die Treue halten.

Ers. Abg. Wille: Betr. den Fall Blaschke möchte ich noch sagen, wenn ein Regierungsbeschluss sein soll, warum dann nur Dr. Vogt mit dieser Sache belasten und aus dem Drie herausnehmen und die anderen nicht?

Reg. Chef: Von diesem Regierungsbeschluss ist keine Spur vorhanden.

Abg. H. Brunhart: Ich möchte nochmals unterbrechen. Ich habe das letztmal verlangt, dass beide Herren vorgeladen werden sollen, dass wurde jedoch nicht gemacht.

-Präsident: Auf den Fall Blaschke zurückkommend, habe ich bereits in der letzten Sitzung erklärt, dass die Angelegenheit verjährt sei, eine Debatte hat somit keinen Sinn mehr. ~~Für~~ ^{es} heisst nicht nur eine Untersuchung gegen Dr. Vogt, sondern auch gegen andere, im Zusammenhang ^{mit} weiter Beteiligten. Unter diesen anderen, habe ich mir niemand anders, als Dr. Hoop, vorgestellt.

Abg. Sele: Mir fällt soeben die Erklärung von Vize-Chef Nigg ein ...

Abg. H. Brunhart: Blanco-Diplomatenpässe wurden damals ausgestellt, treffen will man aber nur einen.

Präsident: Wenn die Ministeranklage zustande gekommen wäre, ist uns alle klar gewesen, dass es nicht nur Dr. Vogt hätte treffen können, sondern ~~in gleicher Weise~~ auch Dr. Hoop. Was nun die Diplomatenpässe anbelangt, die anscheinend von Dr. Hoop ausgegeben worden ^{sind}, so verurteile ich dies in gleicher Weise und würde ich einen solchen Vorgang eines Regierungsmitgliedes niemals billigen.

155

Abg. Seiler: Wenn 2 dasselbe machen, ist es nicht das gleiche. Im ersten Fall ist genau das gleiche passiert wie beim Fall Dr. Vogt.

Präsident: Ich möchte hierbei nur erwähnen, dass die Angelegenheit betr. den Blanco-Diplomatenpässen erst am Schluss der Sitzung gebracht worden ist, sodass hierzu nicht weiter Stellung bezogen wurde.

Frs. Abg. Dr. Meier: Man sollte hier die näheren Gründe kennen. Gewiss hat das Regierungskollegium damals diese Ausfolgung beschlossen, ich glaube kaum, dass ein einzelner Mann das getan hat von sich aus.

Reg. Chef: Eine Verfolgung dieser Sache hat keinen Sinn, da sie bereits verjährt ist.

Abg. H. Brunhart: Man will nur da einsetzen, um einzelne Leute schlecht vor den Leuten herzustellen. Verjährt hat sich die ganze Sache schon.

Präsident: Wenn der Gegenstand nur hier bekannt wäre, so hat Vize-Chef das Richtige getroffen, wäre durch die Demission der alten Regierung die Sache erledigt. Wir sind jedoch nicht in der Lage, die europäische Politik umzukehren, wir dürfen das Ausland nicht vergessen.

Wenn sich weiter niemand mehr zum Wort meldet, schliesse ich die heutige Sitzung.

Schluss der Sitzung 4 Uhr nachmittags.